

Politische Ziele des ABiD

- Überarbeitung der Versorgungsmedizinischen Grundsätze und des Schwerbehindertenrechts (Aktualisierte Definition der Merkzeichen, erleichterte Gleichstellung, Überprüfung der Einzel-GdB, transparente Ermittlung des Gesamt-GdB...).
- Ableitung aus dem Bundesverfassungsgerichts-Urteils: Ethische und politische Betrachtung des Schutzes von behinderten Menschen.
- Ausweitung von Nachteilsausgleichen (strikte Anerkennung im Bildungsbereich und am Arbeitsplatz, stärkere Fokussierung auf nicht-steuerrechtliche Aspekte, verbindliche Wirksamkeit im kulturellen und sozialen Dasein...).
- Bessere Durchlässigkeit in der beruflichen Ausbildung und Teilhabe (z.B. erleichterter Übergang aus WfbM in die reguläre Arbeitswelt...).
- Wahrung des Lebensschutzes (keine Lockerung der Abtreibungsregelungen, kritische Haltung zu PID usw., Selbstbestimmung am Ende des Lebens....).
- Stärkung der Rechte von Behinderten bei Beistellung eines Betreuers oder Stellvertreters (Sicherung des Willens des Behinderten durch Begleitung statt Repräsentanz).
- Leichte Sprache, große Buchstaben und Blindenschrift als obligatorische Angebote in der öffentlichen Verwaltung, Justiz, Medien und der privatwirtschaftlichen Werbung.
- Gleichstellung in der Geschäftsfähigkeit (Überarbeitung von §§ 104 und 105 BGB).
- Verpflichtung der Verfassungsorgane zur geeigneten Antidiskriminierungsarbeit.
- Sicherung eines soziokulturellen und sozioökonomischen Lebensstandards für Behinderte.
- Erweiterung der Definition von Barrierefreiheit auf die generelle (nicht nur bauliche) Infrastruktur.
- Erklärung der Inklusion zur Normalität im schulischen und beruflichen Bildungsbereich.
- Verringerung der Hürden zur Inanspruchnahme von Förderbedarfen und Integrationshelfern.
- Sanktionierung von Segmentierung und Verhinderung des Zugangs für Behinderte zum ersten Arbeitsmarkt.
- Sicherstellung der Altersversorgung und des Anrechts auf Sozialleistungen für Menschen in Behinderteneinrichtungen.
- Aktualisierung und Ausdehnung des Behindertenbegriffs.
- Generalisierter Anspruch auf Wahlrecht und Wählbarkeit.
- Vereinfachter Zugang zur Rehabilitationsleistungen.
- Einsatz für den Lebensschutz.